A3: Für eine soziale und demokratische Sportpolitik - Nein zu Olympia.

Einreichende: Tammo Thyselius, Derya Kilicarslan, Alli Zahn, Clemens Elm, Kai Tischer, Christoph Zander, Lucie Hammer, Noah Groß, Paul Mermet, Tjark Delfs, Timo Napparell, Valentin Schönthal, Katja Wagner, Hendrik Frieling, Julia Aigner, Julia Kaiser, Björn Höfer, Timo Kolfhaus, Jessica Herrmann

Unterstützende: Dirk Apitz, Petra Ertel, Sascha Göttert, Robert Gruner, Piet Heinrich, Franziska Kage, Leyla Kluge, Tom Knappstein, Maximilian Luck, Florian Luginger, Marthe Melde, Bosse Rosenow, Johannes Schmidt, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag der Linken Leipzig möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig lehnt eine Beteiligung Leipzigs an einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036, 2040 oder 2044 ab. Dies gilt insbesondere für eine Beteiligung Leipzigs am Bewerbungskonzept Berlin+.

Der Stadtvorstand wird beauftragt, diese Position öffentlich zu vertreten und sich im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

2. Die Linke Leipzig solidarisiert sich mit Bündnissen und Initiativen, die sich gegen eine Olympiabewerbung und für eine demokratische Entscheidung darüber einsetzen. Dazu gehört insbesondere das Berliner Bündnis NOlympia und das Volksbegehren „Für Berlin, gegen Olympia. Wir sagen Nein zu einer Bewerbung um Olympische Spiele in den Jahren 2036, 2040 und 2044!“

Der Stadtverband unterstützt solche Initiativen im Rahmen seiner politischen und organisatorischen Möglichkeiten.

3. Die Linke Leipzig fordert größtmögliche Transparenz im weiteren Bewerbungsprozess. Die Mitglieder des Stadtverbandes sollen frühzeitig über weitere Schritte, politische Entscheidungen, geplante Investitionen und finanzielle Verpflichtungen informiert werden, die eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung betreffen.

Dies gilt auch für zukünftige Vorhaben, Leipzig an einer Bewerbung um Olympische oder Paralympische Spiele zu beteiligen. Bevor sich der Stadtverband zu einem solchen Vorhaben positioniert oder dieses unterstützt, muss die Mitgliedschaft die Möglichkeit haben, sich umfassend zu informieren und darüber zu diskutieren.

4. Die Stadtratsfraktion sowie die kommunalen Mandatsträger*innen der Linken Leipzig werden aufgefordert, die beschlossene Position des Stadtverbandes in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen und sich im Rahmen ihres Mandats gegen eine Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung einzusetzen.

Auch kommunale Wahlbeamt*innen der Linken werden aufgefordert, diese Position im Rahmen ihrer rechtlichen und politischen Handlungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Begründung:

Als Linke kämpfen wir dafür, gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten umzuverteilen. Deshalb ist die Frage, wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden, für uns keine neutrale Verwaltungsfrage. Sie ist eine Verteilungsfrage.
Wir müssen uns fragen, wem eine Investition nutzt, wer die Risiken trägt und was dafür an anderer Stelle nicht finanziert wird. Entscheidend darf nicht sein, welches Projekt die beste Werbekampagne hat oder welches Versprechen sich am besten verkaufen lässt. Entscheidend muss sein, was das Leben der Menschen in unserer Stadt tatsächlich verbessert.

Olympische Spiele werden mit großen Versprechen verbunden. Neue Infrastruktur, internationale Aufmerksamkeit, wirtschaftlicher Aufschwung und ein gesellschaftliches Gemeinschaftsgefühl werden in Aussicht gestellt. Sport kann Menschen verbinden und internationale Begegnungen ermöglichen. Aber eine Olympiabewerbung ist längst mehr als eine sportpolitische Entscheidung.

Olympische Spiele in ihrer heutigen Form sind milliardenschwere Großveranstaltungen, bei denen wirtschaftliche Interessen, Standortpolitik und die Interessen internationaler Sportverbände eng miteinander verbunden sind. Die öffentliche Hand trägt einen erheblichen Teil der finanziellen Risiken. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass Geld und politische Aufmerksamkeit in Prestigeprojekte fließen, während sie bei sozialer Infrastruktur und Breitensport fehlen.

Der Bewerbungsprozess ist inzwischen weit fortgeschritten. Berlin hat gemeinsam mit Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern das endgültige Konzept Berlin+ beim Deutschen Olympischen Sportbund eingereicht. Leipzig ist darin als Co-Gastgeber vorgesehen. Am 26. September 2026 entscheidet der DOSB, ob Berlin+, München oder KölnRheinRuhr Deutschland im weiteren Bewerbungsverfahren vertreten soll. Damit geht es längst nicht mehr um eine unverbindliche Idee für irgendwann in der Zukunft. Politische und finanzielle Weichen werden jetzt gestellt.

Besonders deutlich wird das bei den angekündigten Investitionen. Im August erklärte Sachsens Innenminister Armin Schuster, dass das sächsische Kabinett einen Zuschuss von 60 Millionen Euro für Leipzig beschlossen habe. Im Zusammenhang mit der Bewerbung wird unter anderem über den Ausbau der Leipziger Halleninfrastruktur gesprochen.

Natürlich braucht Leipzig Investitionen in seine Sportstätten. Genau deshalb stellt sich aber die umgekehrte Frage: Warum braucht es erst Olympia, damit solche Investitionen möglich werden? Die Befürworter*innen der Bewerbung werben selbst damit, dass Olympische Spiele zusätzliche finanzielle Impulse auslösen und Investitionen beschleunigen könnten. Genau darin liegt ein Problem. Notwendige öffentliche Infrastruktur wird mit einem internationalen Großevent verknüpft, obwohl die Menschen sie unabhängig davon brauchen.

Wenn Leipzig eine neue Ballsporthalle braucht, dann braucht Leipzig diese Halle auch ohne Olympia. Wenn unsere Schwimmbäder saniert werden müssen, dann müssen sie saniert werden, weil Kinder schwimmen lernen sollen und weil Menschen in dieser Stadt öffentliche Sportangebote brauchen. Wenn Sportvereine bessere Hallen, Plätze und Trainingsbedingungen brauchen, dann müssen wir dafür Geld bereitstellen, weil Breitensport Teil öffentlicher Daseinsvorsorge ist.

Wir sollten uns nicht damit abfinden, dass für notwendige Infrastruktur angeblich kein Geld vorhanden ist, bis ein Prestigeprojekt vor der Tür steht. Die Frage ist nicht, ob in Sport investiert werden soll. Die Frage ist, für wen investiert wird und nach welchen politischen Prioritäten.

Schon heute fehlt es an Sportflächen, Schwimmangeboten und einer ausreichenden Finanzierung des Breitensports. Gleichzeitig stehen Schulen, soziale Einrichtungen, bezahlbarer Wohnraum und viele andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge unter erheblichem finanziellen Druck. Als Linke muss unsere Priorität deshalb klar sein: Breitensport vor Prestigeprojekt. Sport für alle statt Olympia für wenige.

Auch die Behauptung, Olympia sei notwendig, um zusätzliche Gelder von Land und Bund nach Leipzig zu holen, überzeugt uns nicht. Wenn Land und Bund Investitionen in Leipzigs Infrastruktur für notwendig halten, dann sollen sie diese finanzieren. Und zwar unabhängig davon, ob Leipzig Austragungsort eines internationalen Sportevents wird. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht davon abhängen, ob sich eine Stadt im internationalen Standortwettbewerb durchsetzt.

Neben der sozialen und finanziellen Frage gibt es ein zweites Problem: die demokratische Legitimation der Bewerbung. Der Leipziger Stadtrat hat die Beteiligung am Konzept Berlin+ unterstützt. Einen Bürgerentscheid über die Olympiabewerbung gab es in Leipzig jedoch nicht. Dass es auch anders geht, zeigen die anderen Bewerberregionen. In München und KölnRheinRuhr stimmten jeweils rund zwei Drittel der Abstimmenden für eine Bewerbung. In Hamburg sprach sich dagegen eine Mehrheit von rund 55 Prozent gegen Olympia aus. Hamburg zog seine Bewerbung daraufhin zurück.

Unabhängig davon, wie man diese Ergebnisse politisch bewertet, zeigen sie etwas Wichtiges: Wenn Menschen tatsächlich über eine Olympiabewerbung entscheiden können, kann das Ergebnis sowohl Zustimmung als auch Ablehnung sein. In Leipzig hatten die Einwohner*innen diese Möglichkeit bisher nicht. Gerade deshalb reicht es nicht aus, gesellschaftliche Zustimmung über Werbekampagnen, Umfragen oder Veranstaltungen zu behaupten. Bei einem Projekt, das Auswirkungen auf öffentliche Haushalte, Stadtentwicklung, Wohnraum, Sportinfrastruktur und möglicherweise Jahrzehnte kommunaler Planung hat, braucht es eine ehrliche öffentliche Debatte.

Der BUND Leipzig stellte bereits im November 2025 konkrete Fragen zu Kosten und Finanzierung, geplanten Bauvorhaben, Flächenverbrauch, Nachnutzung und möglichen sozialen Folgen der Olympiabewerbung.

Solche Fragen müssen beantwortet werden, bevor weitere politische und finanzielle Verpflichtungen eingegangen werden. Transparenz bedeutet nicht, die Bevölkerung darüber zu informieren, wie großartig Olympia werden könnte. Transparenz bedeutet, offenzulegen, was geplant ist, was es kostet, wer bezahlt, welche langfristigen Verpflichtungen entstehen und welche Alternativen es gibt.

Das gilt auch innerhalb unserer eigenen Partei. Die Linke muss sich ihre Position selbst erarbeiten können. Mitglieder dürfen nicht erst dann informiert werden, wenn wichtige politische Entscheidungen bereits getroffen wurden. Unterschiedliche Einschätzungen müssen diskutiert werden können. Gerade bei Entscheidungen mit langfristigen Folgen muss eine Mitgliederpartei ihre Mitglieder frühzeitig einbeziehen.

Die aktuelle Debatte zeigt außerdem, warum wir uns nicht allein auf das Versprechen verlassen sollten, Olympia werde eine nachhaltige Modernisierung der Stadt ermöglichen. Wenn eine Infrastrukturmaßnahme sinnvoll ist, muss sie auch ohne Olympia sinnvoll sein. Wenn eine Investition sozial notwendig ist, müssen wir für sie kämpfen, unabhängig von Olympia. Und wenn eine Maßnahme ohne Olympische Spiele keinen politischen oder gesellschaftlichen Nutzen hat, sollten wir sie auch mit Olympia nicht bauen.
Eine linke Stadtpolitik darf sich nicht danach richten, welches Großprojekt gerade zusätzliche Fördermittel verspricht. Sie muss danach fragen, was die Menschen in dieser Stadt dauerhaft brauchen. Leipzig braucht bezahlbare Wohnungen. Leipzig braucht funktionierende Schulen. Leipzig braucht Schwimmbäder und Sporthallen, die allen offenstehen. Leipzig braucht eine gut finanzierte soziale Infrastruktur. Leipzig braucht Investitionen in den Breitensport. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Dafür brauchen wir kein Olympia. Nein zur Beteiligung Leipzigs an einer Olympiabewerbung.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: